

Schüler fragen – Politiker antworten



Tom Lenuweit, Eka von Kalben, Annabell Krämer und Andreas Torn (von links) stellten sich den Fragen der Klasse Eb des Elsen-see-Gymnasiums.
Foto: hb

Quickborn (hb) – In Vorbereitung auf die Kommunalwahl am 6. Mai hatte die Klasse Eb (11. Jahrgang) mit dem Profulfach Wirtschaft und Politik des Elsen-see-Gymnasiums zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Unterstützt wurden sie von ihrer Lehrerin Nadine Scheller. Eingeladen waren Vertreter der örtlichen Kommunalpolitik.

Andreas Torn (CDU), Annabell Krämer (FDP), Eka von Kalben (Grüne) und Tom Lenuweit (SPD) stellten sich den Fragen der beiden Moderatoren Luk Ritter und Leon-Niclas Kurpiers. Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern waren zuvor Fragen zur Digitalisierung, Cannabis, Integration, Lehrermangel, ÖPNV, Jugendarbeit oder Schulausbau formuliert worden und den Politikern zugegangen. Nach einer Vorstellungsrunde startete das Frage-Antwort-Spiel nach einem strickten zeitlichen Ablaufplan. Zur Digitalisierung waren sich die vier Befragten einig, dass Quickborn, bis auf Renzel, sehr gut versorgt sei. Eine ausreichende

Breitbandversorgung werde in den nächsten Jahren entscheidend sein für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Vor allem müsse eine anständige Anbindung der Schulen das Ziel sein. Das Beispiel einer fast 100-prozentigen Versorgung sei Estland, das in Sachen Bildung auf die Digitalisierung setze. „Das Recht auf Internet ist sogar in der Verfassung verankert“, erklärte Torn. Die Frage nach der Legalisierung von Cannabis wurde kontrovers diskutiert. Lenuweit war der Meinung, dass man Chancen, Vorteile und Nachteile betrachten und auf die Qualitätssicherung achten müsse. „Eine Politik der Prävention ist besser als die der Verbote.“

Von Kalben meinte dazu: „Die Grünen sind für die Legalisierung, sehen aber auch die Gefahren einer Droge. Eine gute Aufklärung ist wichtig. Wenn Cannabis legalisiert wird, wird nicht mehr gekiff.“

Krämer ist der Meinung, dass „Cannabis eine Droge ist und bleibt. Prävention ist aber besser

als ein Verbot.“

Lenuweit war ebenso wie die Schülerinnen und Schüler des Elsen-see-Gymnasiums in Rickling in einer Psychiatrischen Klinik, in der auch Drogenkranke versorgt werden. Dazu meinte der SPD-Politiker: „Das war nicht der große Wurf. Aufklärung ist aber wichtig.“

Der Mensch müsse zur Eigenverantwortung erzogen werden, waren sich die Teilnehmer einig.

„Kiffen während der Schulzeit ist nicht sinnvoll. Aber in fünf Jahren kommt die Legalisierung“, ist sich Eka von Kalben sicher.

Das Thema Integration wurde allgemein behandelt. Es ging um Akzeptanz von beiden Seiten, das Ehrenamt und dass die Politik die Arbeit der vielen Freiwilli-

gen (Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sei die Grundlage zahlreicher moderner Berufsbilder und müsse eine besondere Bedeutung erfahren.

„Es gibt mehr Studienplätze als Bewerber in naturwissenschaftlichen Fächern. Hier müssen wir ansetzen. Die Studienbedingungen müssen verbessert werden“, so von Kalben.

„Die naturwissenschaftlichen Fächer in den Gymnasien müssen gestärkt werden“, so Krämer. Auch die Durchlässigkeit für Quereinsteiger aus der Wirtschaft sei eine Möglichkeit, den Lehrermangel zu mindern.

Auf die Frage, was die Politiker gerne in Deutschland ändern würden, antworteten drei: das Bildungssystem. Frau Krämer



Jugendliche des 11. Jahrgangs hatten Vertreter der Parteien zu einer politischen Diskussion eingeladen.
Foto: hb

gen nicht genügend wertschätzt. Lenuweit war der Meinung, dass man die Zuwanderung als Chance verstehen müsse, es aber an genügend Fachkräften fehle. Die Frage nach den Containern am Freibad ergab, dass diese bald nicht mehr benötigt würden.

Dass der Lehrermangel in den meisten Bereichen eklatant ist, war allen Anwesenden klar. Speziell der Mint-Bereich (Mathema-

sage) sagte zusätzlich, sie würde sich wünschen, dass die Deutschen selbstbewusster und stolzer aufträten.

Nach gut zwei Stunden intensiven Diskutierens waren die Teilnehmer sehr zufrieden mit der Nähe und Offenheit der geladenen Kommunalpolitiker. Abschließend meinte Eka von Kalben: „Wir als Politiker brauchen euch mehr als ihr uns.“